

**DAS
FREIE
FORUM**

**S 205 66F
ISSN 1432-0223**

INFORMATIONSDIENST

MITTEILUNGSBLATT DER GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E. V.

Nummer 4

61. Jahrgang

Oktober/November/Dezember 2021

Von FDJ-Merkel zum Ex-SED-Freund Scholz

Nach 5.860 Tagen als Bundeskanzlerin trat Angela Merkel freiwillig ab. Nur Helmut Kohl war in der BRD länger Regierungschef – gerade einmal neun Tage mehr. Doch man braucht kein Prophet zu sein, um sagen zu können, daß die Ex-FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda in der BRD auch eine fünfte Amtsperiode hätte absolvieren können, wenn sie anstatt des blassen Zauderers Armin Laschet gegen Olaf Scholz angetreten wäre. Mit dem »sympathischen Gesicht der SPD« – dem einzigen, über das die Genossen derzeit verfügen – katalpultierte sich die Monate vorher schon abgeschriebene alte Tante SPD auf Platz 1. Nun ist sie also im Amt, die neue rot-gelb-grüne Koalition, unter Führung eines Ex-Jusos, der in den 1980er Jahren auf Du und Du mit FDJ- und SED-Genossen war und sogar ein Interview im ›DDR‹-Fernsehen gab. Betrachtet man das Regierungsprogramm, erkennt man, daß sich die Multikulti- und Klimaschutznarren durchsetzten. Dies zeigt sich vor allem in der Einbürgerungsfrage. Als wolle man den Turbo in puncto Umvolkung einschalten, soll ein neues Staatsangehörigkeitsrecht geschaffen werden mit dem Ziel der Einbürgerung nach fünf Jahren (»bei besonderen Integrationsleistungen bereits nach drei Jahren«!). Ferner sollen Mehrfachstaatsangehörigkeiten möglich sein. Die Herabsenkung der Wartefrist auf einen Paß bedeutet, daß die 2015–2017 aus Asien und Afrika ins Land eingedrunghenen ›Fachkräfte‹ schon Ende des Jahres BRD-Bürger werden könnten! Dazu kommt, daß das in § 219a StGB verankerte Werbeverbot für Abtreibungen abgeschafft wird.

Zur verstärkten Verblödung der Bevölkerung, die man in Lethargie halten möchte, soll es eine »kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genußzwecken in lizenzierten Geschäften« nach holländischem Vorbild geben. Die Maßnahmen in der Antirassismus- und Bildungspolitik werden ein übriges dazutun. Infantile Maßnahmen wie Wahlrecht ab 16 und vor allem Führerschein ab 16 erinnern eher an Herbert Grönemeyers Lied »Kinder an die Macht« als an verantwortungsbewußte Politik für das Volk. Als typisch rote Handschrift kann auch der Verzicht auf die geplante Rentenkürzung und das höhere Renteneintrittsalter gewertet werden. Die Genossen wollen also lieber wieder einmal Schulden

Die neue Ampel-Koalition setzte eindeutig auf Regionalproportionalität und Parteizugehörigkeit statt auf Fachkompetenz.



machen. Die demographische Entwicklung wirft jedoch die Frage auf, wie immer weniger Arbeitnehmer immer mehr in Rente befindliche Personen alimentieren sollen, wobei einwanderungsbedingt das Prekariat steigen wird.

Verwunderlich ist das Zuckerl für die Bundeswehr: Deren Soldaten sollen mit Drohnen zum Selbstschutz vor Angriffen bei Auslandseinsätzen bewahrt werden. Bei linken Parteien zählt die eigene Armee wohl nur, wenn deren Kämpfer für fremde Interesse in alle Welt geschickt werden und ihre Haut im Sinne der Ziele der ›Weltgemeinschaft‹ zu Markte tragen. Und zur Vernichtung des Wirtschaftsstandorts Deutschland will man bereits 2030 aus der Kohle aussteigen, wobei dann 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien kommen sollen. Dieses hehre Ziel wird man wohl kaum mit mehr Solarstrom und einer weiteren Verspargelung und damit Verschandelung der Landschaft durch Installierung von noch mehr Windrädern verwirklichen können, zumal beide Energieträger stark witterungsabhängig sind. Der Blackout ist dann nur eine Frage der Zeit.

Angesichts dieser trüben Aussichten soll nur am Rande erwähnt werden, daß die Personalentscheidungen einen weiteren Tiefpunkt in der politischen Kultur darstellen. Mit der in Besserwessi-Manier schnatternden Dauergrinserin Annalena Baerbock stapft nun eine verbissene Klimafanatikerin als Repräsentantin der BRD durch die Welt, die eher ein Elefant im Porzellanladen ist als eine seriöse, kompetente und damit ernstzunehmende Erscheinung. Daß mit der bisherigen Justizministerin Christine Lamprecht wieder eine Frau das Heeresressort leitet, noch dazu jemand, der keinerlei Bezug zum Soldatentum hat, ist symptomatisch für das neue Kabinett. Passend dazu ist die Besetzung des Gesundheitsressorts mit dem roten Oberschwurbler Karl Lauterbach, im Volksmund auch ›Klabauterbach‹ genannt. Der Vertreter restriktiver Corona-Maßnahmen wirkt beim Reden eher wie ein illuminiertes Büttchenredner oder Pfeiffer aus der Feuerzangenbowle beim Auftritt im Chemiesaal.

Düstere Aussichten also. Doch es gibt ja den alten, tröstlichen Spruch von Friedrich Hölderlin aus dem Jahre 1770: »Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch!« ■

›The Great Reset‹ und der neue Widerstand in Deutschland

Im Zusammenhang mit dem neoliberalen Umbau Europas sollten die europäischen Nationen verschwinden und die EU in neue Provinzen aufgeteilt werden. Das Projekt ist schon gescheitert, und die Nationalstaaten finden in den Krisen wieder zu sich zurück. Die Oberstschichten, die für die Entnationalisierung stehen und Promotoren des US-Projektes der ›Vereinigten Staaten von Europa‹ sind, sind verwirrt. Da will ihnen der Klaus Schwab helfen, indem er von einem »Great Reset« nach der Coronakrise und der als permanent zu lösenden, allein menschengemachten globalen Klimakrise spricht. Es soll, projiziert von den Alleinprofiteuren des bisherigen neoliberalen Umbaus des Westens, einen tollen Neuanfang geben. Alle bisherigen Weltprobleme sollen auf einen neuen Lösungsweg gebracht werden. Dafür ist seit Jahrzehnten ein globales Führer-Netzwerk (Global Leader) durch das Weltwirtschaftsforum gewebt worden. Manche sprechen vom Weltwirtschaftsforum auch von einem Netzwerk der westlichen Plutokratie, das sich über die ganze Welt erstreckt.

Wer diesbezüglich eine Liste der jungen Kader lesen möchte, der schaue auf: www.jounggloballeaders.org. Die Reichen und ihre Kader aus allen gesellschaftlichen Bereichen treffen sich jährlich, schwer bewacht, in Davos. Die meisten müssen einen jährlichen Beitrag in Höhe von rund 10.000 Dollar zahlen. Doch das scheint es ihnen wert, denn man stimmt sich über die gemeinsame Politik der Reichen dieser Welt ab und wird dort als wichtig angesehen. Dort zeigt man auch jährlich zwei besonders ausgewählte, neue Führerchen (›Joung Global Leader‹). 1992 zeigte man Angela Merkel, und 2020 zeigte man Annalena Baerbock. Jedes Jahr werden über 100 Kader in eine fünfjährige Ausbildung berufen. Übrigens ist Frau von der Leyen Vorstandsmitglied der Stiftung des Weltwirtschaftsforums. Das Gesellschaftsverständnis von Klaus Schwab und seinen Freunden erschöpft sich in der machtpolitischen Position, daß multinationale Unternehmen, Regierungen und ausgewählte zivilgesellschaftliche Organisationen am besten wüßten, was für die Welt gut sei. Das ist eine eindeutig totalitäre und antidemokratische Position.

›The Great Reset‹ ist eine Idee, die Klaus Schwab und Prinz Charles im Mai 2020 mitten in der Corona-Pandemie geäußert haben. Sie möchten dafür sorgen, daß nach den wirtschaftlichen Schäden durch die Corona-Pandemie ein neuer verantwortungsvoller Kapitalismus entsteht. Ein nachhaltiges und sozial verträgliches Wachstum soll zur Zufriedenheit der Menschen führen. ›Reset‹ kennen wir vom Computer, wenn der sich ›aufgehängt‹ hat und den Tasten nicht mehr gehorcht, dann drückt man den Reset-Knopf. Da fährt der Computer wieder hoch, und man kann weitermachen. Der Computer hat sich derweil gar nicht verändert. Um ›Weitermachen‹ geht es Schwab und seinen Genossen. Man will mit dem Imperialismus weitermachen, und die Leute sollen das nicht merken. Klaus Schwab leitet das 1971 gegründete Weltwirtschaftsforum, deren Mitglieder und Freunde wie gesagt sich jedes Jahr in Davos treffen und schwer bewacht werden müssen. Es

geht dabei immer um die Verewigung der Macht der Superreichen auf dem Erdball. Dafür hat man seit Jahrzehnten eine Herde von Politikern ausgewählt, qualifiziert und in den Einsatz begleitet.

Die Kolumnistin Jennifer Oriel führt in einem Beitrag der Zeitung *The Weekend Australian* aus:

»Der Globalismus ist in den Demokratien aus der Mode gekommen, aber seine Befürworter planen eine Comeback-Tour im Januar, bei der sie den Great Reset von der Wiege des reichen und sozialistischen Davos aus starten werden. . . Um grünen Globalismus zu verkaufen, müssen die Menschen glauben, daß es um das Gemeinwohl geht. Arbeiter, von denen erwartet wird, daß sie für den grünen Kapitalismus mit hohen Steuern und schockierenden Energiekosten bezahlen, müssen glauben, daß sie ihn wollen oder brauchen. . . Der Great Reset klingt weniger nach einer Einladung zum Gedeihen als nach einer Post-Corona-Oligarchie, in der Globalisten ihre Arbeitsplätze und ihren Wohlstand auf unsere Kosten sichern.«

Torsten Polleit, der Chefvolkswirt der Degussa-Bank, erklärte am 5. November 2021 im Goldseiten-Artikel »Zins, Inflation, Gold und der ›Great Reset‹«:

»Der ›Great Reset‹ steht für die konkrete Idee eines politisch-ideologisch herbeigeführten Umbaus des heutigen Wirtschaft- und Gesellschaftssystems des Westens, die spätestens durch die politische Instrumentalisierung der Themen ›Klimawandel‹ und ›Coronavirus-Krise‹ rasant an Dynamik gewonnen hat. Die Kernidee des Great Reset ist es, daß der Mensch seine Geschicke auf dem Planeten nicht in einem System der freien Märkte gestalten soll, sondern daß Wirtschaft und Gesellschaft vielmehr nach politischen Vorgaben zu lenken sind.«

Er schrieb weiterhin:

»Die Vierte Industrielle Revolution‹, ›Transhumanismus‹, Künstliche Intelligenz, Aufstieg der Genomik und Nanotechnologie, das ›Social Credit System‹, die Verschmelzung von Mensch und Maschine sind Schlagworte, die andeuten, wie tiefgreifend der Great Reset aus Sicht seiner Protagonisten, die sich hinter der Initiative ›World Economic Forum‹ (WEF) versammelt haben, das Leben des Menschen verändern soll. Der Great Reset, in die Tat umgesetzt, liefe letztlich auf die Errichtung einer Art Befehls- und Lenkungswirtschaft hinaus: einer zunehmenden Verquickung von Lenkungsstaat und Großunternehmensinteressen (BigBusiness, BigBanking, BigTech, BigPharma) – man könnte auch von ›Corporate Socialism‹, ›Neo-Feudalismus‹ oder einer ›Chinarisierung des Westens‹ sprechen –, die, entweder abgekoppelt vom Wählerwillen oder von ihm geduldet, richtungsweisenden Einfluß ausübt auf die Gestaltung der volkswirtschaftlichen Produktions- und Konsumstruktur – durch Ge- und Verbote, Regulierungen, Privilegien, Besteuerung, Mengen- und Preisvorgaben, etc.«

In der BRD wird jede neue Bundesregierung diesem Programm des globalen Big Business folgen. Wie sagte Stalin: Wenn die Linie klar ist, entscheiden Kader alles. Das Weltwirtschaftsforum hat die Kader ausgebildet, und sie sind auch in der Bundesregierung angekommen.

Die Covid19-Pandemie wird andauern, und der Klimawandel wird naturgemäß nicht aufhören. Beide Prozesse treffen auf ein volatiles Finanzsystem beständig wachsender Verschuldung und Geldschöpfung aus dem Nichts. Die Globalisierung zerbricht an den Sekundärfolgen der Coronapandemie. Produzenten werden in Zwangspausen gezwungen. Der Weltverkehr stockt. Die Lieferketten reißen. Die Konsumgesellschaft gerät ins Wanken. Die Völker werden unzufrieden. Der Hunger ist auch dort bald wieder da, wo er mal weg war. Die Völker des Westens, die nur scheinbar in ihren Regierungen die Vertretung ihrer Interessen haben, sind dazu gezwungen, neue Formen des Politischen zu finden. Aufmerksame Forscher beleuchten interessiert das politische Geschehen in Deutschland.

Markus Linden von der Universität Trier hat in den *Blättern für deutsche und internationale Politik* einen interessanten Artikel veröffentlicht: »Im Bürgerkrieg: Die neuen Querfrontpartisanen.« Er schreibt, dass die Querdenken-Bewegung die aktuelle Erscheinungsform neuer fundamentaloppositioneller Querfronttendenzen individuell-destruktiver, partisanenähnlicher Verhaltensweisen ist. »Ein entscheidender Ausgangspunkt der neuen Widerstandskoalitionen ist die sukzessive Öffnung des deutschen Rechtsradikalismus hin zur instrumentellen Bejahung von Unruhe und Aufruhr.« Diesen Kreisen einer Fundamentalopposition erscheint die BRD als neuer Unrechtsstaat, der dies gerade auch an der Art und Weise des rechtlichen Umgangs mit der Corona-Pandemie zeigt. In der noch lose organisierten Anti-Corona-Querfront, so schreibt Linden, ist allen gemein »die Ablehnung eines vermittelnden liberaldemokratischen Institutionalismus«. »Als ›wirklicher Feind‹ des lose gekoppelten Feldes fungiert das Zerrbild vom diktatorischen Lügengebäude in Form eines politisch-medialen Komplexes.« Die damit verbundene Ablehnung des »permanenten Unrechtsstaates« ist die Legitimationsgrundlage für die Querfrontpartisanen. Linden schließt seinen Artikel mit folgender Warnung:

»Trotz des Metapherhaften geht es beim Partisanen nämlich in letzter Konsequenz immer um die Rechtfertigung von vermeintlich gebotener Notwehr in Ausnahmesituationen und damit faktisch um den Widerstand bis zum Letzten gegen das dämonische ›System‹, sprich: die Demokratie.«

Es ist schon interessant, daß eine linksliberale Zeitschrift wie die *Blätter* vor dem Aufruhr des Volks warnt. Die ›Linksliberalen‹ haben ihren Frieden mit dem großen Geld gemacht und wollen mitregieren, auch beim ›Great Reset‹. Die Agenda 21-SPD, die konzernliberale FDP und die Grünen, von denen Jutta Ditfurth sagte, sie wären nur eine FDP mit Fahrrad, wollen uns regieren. Die Erlebnisse der Bürger, wenn der ›Great Reset‹ durchgezogen wird, könnten kraß sein. Vielleicht ist, wenn keine Partei die Volks- und Nationalinteressen wahrnimmt, eine Partisanenbewegung von Protestierern, Randalierern, Störern, Saboteuren, Attentätern und nicht zuletzt Hackern nicht mehr unwahrscheinlich. Vielleicht sind die Hacker die wirklichen Partisanen der digitalisierten Gesellschaft des Westens.

■ Frank Enberg

Wieder Kanzlerwechsel in Wien – Kurz verläßt Politik

Nach dem überstürzten Rücktritt von Sebastian Kurz (ÖVP) als Bundeskanzler am 9. Oktober und dessen Wechsel in die Funktion des Klubobmanns, also Fraktionschefs, seiner Partei im Nationalrat wurde es leise um den 35jährigen einstigen Hoffnungsträger der (Neuen) Volkspartei. Für ihn rückte der bisherige Außenminister Alexander Schallenberg nach, ein enger Vertrauter von Kurz, der als Kanzler gleich betonte, ganz im Sinne seines Vorgängers handeln und auf dessen Rat hören zu wollen. Als Grund für den Rückzug von Kurz vermutete man die laufenden Ermittlungen gegen diesen wegen Korruption. Um so überraschender war es, als am 2. Dezember Kurz auch vom Posten des Obmanns der Volkspartei zurücktrat. Seine Begründung lautete, er wolle sich ins Privatleben zurückziehen, um mehr Zeit für seinen neugeborenen Sohn Konstantin zu haben. Die Mutter des Kindes, von dem er behauptet, der Vater zu sein, ist seine Schulfreundin Susanne Thier, mit der er aber nicht verheiratet ist. Sie hat bereits ein Kind von einem anderen Mann. Nach dem Totalrückzug von Kurz erklärte auch Schallenberg, vom Amt des Bundeskanzlers zurückzutreten. Seiner Ansicht nach gehörten die Positionen des Kanzlers und des Parteichefs in eine Hand. Er jedoch wolle nicht der neue Chef der ÖVP werden. In Wirklichkeit dürfte ihm die Unterstützung in der Partei weggebrochen sein. Ohne Kurz, der sich beim Antritt als ÖVP-Chef 2017 umfangreiche Sondervollmachten hatte geben lassen, kam es zum Wiedererstarken der schwarzen Landeshauptleute (Ministerpräsidenten), denen der adelige Schallenberg wenig entgensetzen konnte. Er machte den Weg für Innenminister Karl Nehammer als neuen Kanzler frei und zog sich wieder auf seinen früheren Posten als Außenminister zurück. Die ÖVP nutzte den Personalwechsel an der Regierungsspitze dazu, weitere



Von oben: Karl Nehammer u. Gerhard Karner.

Minister auszutauschen. Nach dem Niederösterreicher Nehammer besetzte wieder ein Niederösterreicher den Posten des Innenministers, nämlich Gerhard Karner. Er gilt als erzkonservativ, angeblich sogar antisemitisch. Ihm wirft man mangelnde Distanz zum 1934 ermordeten austrofaschistischen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß vor.

Interessant dürfte es sein, wie der kleine Koalitionspartner der ÖVP in der Bundesregierung, die Grünen, zur Causa Karner steht, schließlich hat Karner vor Jahren SPÖ und Grüne wegen deren Verweigerung, im niederösterreichischen Landtagssitzungssaal ein Kreuz aufzuhängen, als »heimatfremd« bezeichnet. Und zu einem anderen Anlaß beschimpfte Karner den damaligen SPÖ-Vorsitzenden als »landesfeindlich«. An anderer Stelle bezichtigte er die Grünen, Asylbewerber »versteckt« und »für Kriminelle demonstriert« zu haben, und nannte einen SPÖ-Politiker einen »Bonzen«. Die zeitgeistige Presse wundert sich nun, warum Karner ob seiner kernigen Worte gegen Linke und Ausländer in der ÖVP, und nicht der FPÖ sei. Doch ein Verehrer des klerikal-autoritären Ständestaates, der Linke und Deutschnationalen gleichermaßen in KZ sperrte, paßt eben nicht in eine freiheitliche Partei, auch wenn Dollfuß sein Land als den »besseren deutschen Staat« lobte. ■

China verstehen

[Anmerkung der Redaktion: Der Verfasser des folgenden Artikels, Haoyu Wang, ist ein junger chinesischer Politologe und Deutschland-Freund. Beim letzten seiner häufigen Besuche in Berlin hat er einem ihm bekannten Leser des *Freien Forums* seinen Text zur freien Verfügung gestellt. Die FF-Redaktion hat »stilistische Unebenheiten geglättet«.]

Wenn man die deutschen Leitmedien verfolgt, versteht man die Welt nicht mehr. Der außenpolitische Standpunkt der USA ist der hauptsächliche Standpunkt in den deutschen Medien und der Politik. Die Interessen des deutschen Volkes finden keine Erwähnung mehr. Die US-Neokons bestimmen anscheinend weiter die Politik in der EU und in Deutschland. Auch die neue Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird der Losung gehorchen, wonach das 21. Jahrhundert ein US-amerikanisches zu sein habe. Das wird insofern stimmen, als sich die Völker der Welt im 21. Jahrhundert noch ein bis zwei Jahrzehnte den aggressiven Handlungen der USA und ihrer direkten angelsächsischen Partner (GB, Kanada, Australien, Neuseeland) sowie anderer williger Länder erwehren müssen. Sofern es nicht zum Dritten Weltkrieg kommt, ist der Niedergang des Westens nicht mehr aufzuhalten. Den USA möchte man den Spruch widmen: »Wenn Du auf Rache aus bist, grabe zwei Gräber.«

China hat aus seiner eigenen Geschichte und der Geschichte des Westens gelernt. China hat nicht nur in seiner Geschichte den »langen Marsch«, sondern hat auch einen langen Atem. Dieser resultiert daraus, daß die Kommunistische Partei die Lehren aus dem Scheitern des sowjetischen Sozialismusmodells gezogen hat und die Erkenntnisse aus Lenins »Neuer ökonomischer Politik« in die heutige Weltkonkurrenz eingebracht hat. Deng Xiaoping hat die Leninsche »Neue ökonomische Politik« für China neu entwickelt. Eben weil der Sozialismus keine eigenen Treibkräfte für die Überlegenheit gegenüber dem Kapitalismus aufbringen kann, muß die kommunistische Politik darauf aus sein, so viel und so lange Kapitalismus in ihren eigenen Ländern zu nutzen, bis die wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Überlegenheit sicher erreicht ist. Dann kann man in eine neue und weitere nationale oder auch globale Entwicklungsphase übergehen.

Xi Jinping, der heutige Führer, ist Chemieingenieur, marxistischer Philosoph und Doktor der

Altbundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem letzten China-Besuch im September 2019. Xi Jinping nahm sich viel Zeit für sie und unterstrich, wie ernst er Deutschland und dessen Kanzlerin nimmt.

Foto: Michael Kappeler



Rechte. Die einzige deutsche Politikerin der Gegenwart, die über eine gute marxistisch-leninistische Ausbildung verfügt, ist Angela Merkel. Sie hat sowohl ihre CDU als auch die Bundesrepublik Deutschland in einen stark reformbedürftigen Zustand hinterlassen. Übrigens, auch die US-Neocons sind marxistisch beschlagen, stammen sie doch überwiegend aus der trotzkistischen Bewegung. Marxistische Bildung hat viele US-Strategen zumindest qualifiziert und die US-Einflußstrategien so gefährlich werden lassen. Doch auch diese perverse Nutzung des Marxismus wird dem Westen nicht helfen. Es ist schon ein riesiger Unterschied, ob sich marxistisch Gebildete in den Dienst der westlichen Plutokratie begeben oder ob sich marxistisch Gebildete in den Dienst des Volkes und der Nation begeben wie in China.

China hat das letzte Scheitern des sowjetischen Entwicklungsmodells studiert und seine Schlußfolgerungen gezogen. In der Sowjetunion hat sich die Parteilite immer mehr vom Volk in eine quasifeudalistische Struktur einer Nomenklatura mit Privilegien zurückgezogen und Führungsleistung durch Propaganda ersetzt. Als Breschnew, anfang Autos und Goldmünzen zu sammeln, war der zerstörerische Virus der Verkleinbürgerlichung nicht mehr zu bekämpfen. Als die DDR-Führung 1971 die halbstaatlichen Betriebe und größeren Genossenschaften des Handwerks verstaatlichte, beseitigte sie eine wesentliche wirtschaftliche Triebkraft. Als die ganzen sozialistischen Staaten auf das westliche Projekt des »Wandels durch Annäherung« hereinfließen, war auch da das Ende programmiert. Egon Bahr hatte am 15. Juli 1963 in Tutzing die neue Strategie des Wandels des Sozialismus durch Annäherung des Westens in inhaltlichen Bezug auf die »Strategy of Peace«-Rede von John F. Kennedy vom 10. Juni 1963 vorgestellt.

Die USA hatten unter Nixon auch die Hoffnung, daß durch eine umfassende Industrialisierung Chinas mit dem letzten Schrei westlicher Technik quasi automatisch eine Verwestlichung Chinas stattfinden würde. Durch moderne Industrialisierung sollte China dem Westen wie eine reife Frucht in den Arm fallen. Übrigens ist das Projekt des Westens schon einmal unter Stalin gescheitert. Stalin wußte aber, daß sein Sozialismus noch keine eigene Entwicklungsreife und innere Festigkeit hatte. Kurz vor seinem Tod äußerte er: »Wenn ich einmal nicht mehr bin, was wird aus Euch? Man wird Euch ersäufen, wie junge Katzen.« Wir Bürger Chinas, aber auch die der Volksdemokratischen Republik Koreas haben die politischen Verfolgungen und Diskriminierung von rund 15 Prozent der DDR-Bürger nach dem 3. Oktober 1990 zur Kenntnis genommen und sind gegenüber allen politischen Offerten des Westens wissend kritisch.

Der Westen hat mit der letzten Profitideologie des Neoliberalismus sein Pulver verschossen. Früher ist in China das Sprichwort entstanden, »der ausländische Geist sei weiser, der ausländische Mond heller und das ausländische Wasser süßer«. Die Emigranten aus Russland nach der Oktoberrevolution, wo aus dem ehemaligen russischen Adel eine verachtete Unterschicht von heruntergekommenen Weißen und adligen Prostituierten wurde, gab dem Glauben an die Suprematie der Weißen einen Knacks. Das Wirken von jungen Chinesen als Arbeiter in Europa im Ersten Weltkrieg und Nachkrieg brachte die Erkenntnis, daß die Weißen

Kaum im Amt, hat sich Annalena Baerbock schon als nachplappernder Papagei der USA profilieren wollen und eine Politik der Stärke vor allem gegenüber China angekündigt. Die chinesische Botschaft in Berlin war nicht sonderlich amüsiert: »Was wir brauchen, sind Brückenbauer statt Mauerbauer«. China (auch Rußland) wird sich bestimmt nicht in eine Richtung bewegen, weil eine deutsche Außenpolitikerin Druck macht. Außenpolitische Beobachter wagen schon die Prognose, daß Baerbock die Bruchlandung droht. Es sei nämlich fraglich, daß das Kanzleramt (und damit Scholz), das die deutsche Außenpolitik bestimmt, ihr den nötigen Gestaltungsraum gibt. Foto: K. Nietfeld.



nicht nur die Chinesen in China ausbeuten, sondern auch die weißen Arbeiter in Europa Ausgebeutete sind. Das hat junge Chinesen, zu denen einst auch Deng Xiaoping gehörte, motiviert, die Erfahrungen im Ausland und insbesondere den Marxismus in China zu einer Staatsideologie zu entwickeln. Und die war bisher sehr erfolgreich und hat jetzt zu einer chinesischen Strategie der Globalisierung als Alternative zum westlichen Modell geführt. Die chinesische Strategie der Globalisierung, die sich unter anderem in der »Neuen Seidenstraße« zeigt, kommt ohne Eingriffe in die Wirtschaftspolitik der beteiligten Staaten, wie sie die Weltbank und der IWF praktizieren, und ohne die Errichtung militärischer Stützpunkte aus. Es ist eine freundschaftliche Globalisierung im Gegensatz zu der westlichen Globalisierung, die immer auf Herrschaft durch den Westen zielt.

Der Westen, einschließlich der EU und der BRD, gibt sich auch keine Mühe mehr, China zu verstehen. Die heutigen deutschen Politiker, denen die Weltkriegs- und Nachkriegserfahrung fehlt, lassen sich von der welthistorischen Abstiegspanik der USA mitreißen. Das läßt keine guten Prognosen für den Westen und das Verhältnis zu China erwarten. Derzeit beobachten wir eine wachsende verbale, politische und auch militärische Aggressivität der angelsächsisch gesteuerten Staaten des Westens. Doch China weiß um seine Erfahrungen und die in den letzten vier Jahrzehnten erworbene Kraft. China ist dem Westen auf vernünftige Weise militärisch ebenbürtig: »Wir müssen nicht wie die USA prahlen, China 17 Mal atomar vernichten zu können, uns reicht es die USA einmal vernichten zu können.« China wird jeden Tag zivil und militärisch stärker. China hat auch starke Freunde. Das Bündnis mit Rußland ist für beide ein Gewinn und eine Sicherheit. Deutschland hat dagegen Freunde, die wohl mehr Feinde sind. Zum ersten Mal seit dem Kalten Krieg wird das 56. Artilleriekommando, eine in Mainz-Kastel stationierte Nukleareinheit, offiziell von der US Army wieder in den Dienst gestellt und mit Hyperschall-Langstreckenraketen bewaffnet. Diese Raketen können Rußland in nur 21 Minuten erreichen. Und das beunruhigt im »besten Deutschland aller Zeiten« niemanden? Die Chinesen kennen ihre Interessen. Die Deutschen sollten sich ihre Freunde genauer anschauen. Es geht ums Überleben. Freundschaft mit China ist im deutschen Interesse. ■ Haoyu Wang

Deutschland macht die Türen auf

Ende November meinte Kurt Zach in der *Jungen Freiheit* (26.11.): »Was der ›Ampel-Koalitionsvertrag zur Migrationspolitik zusammengetragen hat, übertrifft die schlimmsten Erwartungen. Alle können kommen, praktisch jeder kann bleiben, der deutsche Paß wird jedem hinterhergeworfen, der nicht bei drei auf dem Baum ist, und die Asyl- und ›Integrations‹-Lobby bekommt ein Sonderkonjunkturprogramm.«

Die Ampelkoalitionäre sind sich darin einig geworden, einen Neuanfang in der Migrations- und Integrationspolitik zu gestalten, der einem modernen Einwanderungsland gerecht werde. Ein »Paradigmenwechsel« müsse her. Statt den Schwerpunkt auf eine »Steuerung und Begrenzung« (Obergrenze) der Migration wie bei der GroKo zu setzen, wollen sie die Zuwanderung mit folgenden Maßnahmen ausdrücklich erleichtern und die Schleusen buchstäblich öffnen.

– **Illegale Migration wird ignoriert.**

Das Problem falscher Identitäten und weggeworfener Papiere löst die ›Ampel besonders elegant: Eine »eidesstattliche Versicherung« werde in Zukunft zur Identitätsfeststellung genügen. Angebliche ›Opfer von Menschenhandel‹ sollen ein Aufenthaltsrecht auch ohne Aussagebereitschaft erhalten. Die Obergrenzen und Beschränkungen der GroKo werden außerdem gestrichen. Die von der GroKo praktizierten Duldungen abgelehnter und ausreisepflichtiger Asylbewerber werden abgeschafft.

– **Arbeitserlaubnis und soziale Leistungen.**

Unabhängig vom Aufenthaltsstatus und einer möglicherweise drohenden Abschiebung sollen alle Migranten arbeiten dürfen. ›Arbeitsverbote‹ für bereits in Deutschland Lebende werden abgeschafft. Vollen Zugang zu Sozialleistungen, die an anderer Stelle aufgestockt und »vereinfacht« werden, gibt es ab Ankunft. Auch Illegale bekommen erleichterten Zugang zu medizinischer Betreuung.

– Das sogenannte »**Chancen-Aufenthaltsrecht**« verschafft allen Migranten, die ab 2015 nach Deutschland kamen, die Möglichkeit, ein dauerhaftes Bleiberecht zu erwerben. Ihre Kinder erhalten automatisch den deutschen Paß, sie selbst auf Wunsch auch, und das bei einer Wartefrist von nunmehr fünf oder sogar drei Jahren. Die Voraussetzungen für Doppel- und Mehrfachstaatsbürgerschaft werden erleichtert. Die Visavergabe wird beschleunigt und verstärkt digitalisiert. Aufenthaltsberechtigungen gibt es ebenfalls »unbürokratisch« und erlöschen auch nicht bei Auslandsaufenthalten. Den Familienmitgliedern von Asylbewerbern wird leichter gemacht, nach Deutschland nachzuziehen.

– **Abschiebungen ade**

Deutschland wird sich noch mehr als unter Merkel zum Migrations-Magneten Europas profilieren. Die Verteidiger der EU-Außengrenzen atehen schon jetzt auf verlorenem Posten. Auch an der sogenannten ›Seenotrettung‹, die nichts anderes darstellt als eine humanitäre Schleuserei übers Mittelmeer, wolle sich die ›Am-

pel« offiziell beteiligen. Abschiebungen müsse wohl keiner mehr fürchten, zumal der Bund für einzelne Länder bundesweite Abschiebestopps plant. Die Koalitionäre wollen ihrer »besonderen humanitären Verantwortung gerecht« werden und Kinder sowie Jugendliche grundsätzlich nicht in Abschiebehaft nehmen. Die freiwillige Ausreise werde stets Vorrang haben, weshalb es mehr Geld für Anreize zur freiwilligen Rückkehr geben solle.

Die Polizeigewerkschaft spricht von einer »Einladung« an Flüchtlinge und befürchtet durch die Ampel-Asylreform eine neue Massenflucht nach Deutschland. Die Einwanderungspolitik der neuen Regierungskoalition läutet die Rückkehr der Willkommenskultur ein und folgt eindeutig alten Multikulti-Träumen.

Berlin »Stadt der Zuflucht«

Der größte Magnet für Migranten ist das rot-rot-grüne Berlin. »Es hat sich herumgesprochen, daß der Senat auch diejenigen nicht abschiebt, die gar kein Asyl bekommen. Diese Politik ist eine der wesentlichen Ursachen für den Ansturm auf die polnische Grenze«, meint Gunnar Schupelius in der *Berliner Zeitung*. Das Land Berlin ist bestrebt, die Zahl seiner Plätze zur Unterbringung von Asylbewerbern zu erhöhen. Seit Jahresbeginn kamen nach Angaben des Landesamtes für Flüchtlinge (LAF), das 20.400 Asylbewerber in 82 Unterkünften versorgt, rund 10.100 Menschen nach Berlin und stellten Asylanträge. Allein im Oktober 2021 sollen rund 2100 Migranten in Berlin angekommen sein. Die Zahl der Einbürgerungen soll auf 20.000 pro Jahr verdreifacht werden. Berlin soll eine »Stadt der Zuflucht« sein.

Und dennoch regt sich in Berlin zunehmend Widerstand: Einige Politiker der Linken befürworten keine Wiederinbetriebnahme ehemaliger Einrichtungen, sondern die »Vermittlung kommunalen Wohnraums«. Daher fordern sie, daß der Senat über die Aufsichtsräte der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften entsprechende Kontingente zur Verfügung stellen. Berliner Bezirke wehren sich aber dagegen, noch mehr Flüchtlinge zu versorgen. Neuköllns neuer Sozialstadtrat Falko Liecke (CDU) befürchtet, daß die bereits jetzt bestehende Wohnungsnot dadurch noch weiter verschärft würde. Außerdem ist die Gefahr groß, daß angesichts der Wohnungsnot und der ohnehin hohen Mieten in Berlin deutsche Alleinerziehende sowie junge Familien mit drei oder mehr Kindern »aufs Land« verdrängt werden. Die grüne Bettina Jarasch, künftige Senatorin, erklärte bezeichnenderweise: »Wir wollen, daß die Menschen [sprich die Migranten«] möglichst bald schon in den Unterkünften wohnen können. Wir setzen auf mehr Appartements, weniger Gemeinschaftsunterkunft.«

Einige deutsche Städte haben sich bereit erklärt, Migranten aus dem weißrussisch-polnischen Grenzgebiet aufzunehmen. Das sind unter anderen die Städte Göttingen (»Grundsätzlich ist die Stadt Göttingen bereit, Geflüchtete unabhängig von ihrer Herkunft aufzunehmen«) und Gießen, die beide im Bündnis »Seebrücke« sehr engagiert sind. Das gelte ebenso für München, das ein Aufnahmeangebot an Lukaschenko gerichtet habe. Ferner stünden die Städte Freiburg und Köln bereit. (Quelle: *Junge Freiheit*, 15.11.21)

Es wird immer skurriler

Das Gendern hält Einzug in immer mehr gesellschaftliche Bereiche. Nun befaßt sich auch ein Katholikenverband (›Katholische junge Gemeinde‹, KjG) mit dem Thema. Er möchte Gott nun auch gendern und empfiehlt die Schreibweise »Gott+« oder »Gott*«. Beide Schreibweisen sollen signalisieren, daß »mehr in dem Wort steckt, als unsere bisherige Vorstellung zugelassen hat«. Die Geistliche Bundesleiterin des etwa 80.000 Mitglieder zählenden Verbands, Rebekka Biesenbach, meinte: »Die Leitfrage ist: Was können wir tun, um das an vielen Stellen sehr männlich geprägte Gottesbild in die Vielfalt zurückzubringen, die es verdient?« Derzeit gebe es zwar noch keine Beschlußlage zur Wunschschriftweise von Gott, doch »wir wollen auf jeden Fall etwas ändern«, kündigte sie gegenüber *dpa* an. (Quelle: msn.com)

Gendern als Kulturkampf

Gendersprache bedrohe die bürgerliche Gesellschaft, verkündete Professor Andreas Rödder während eines Vortrags beim Hayek-Club in Frankfurt am Main. Der Historiker argumentiert, es handle sich um einen Kulturkampf um die Zukunft der westlichen Zivilisation. Laut Rödder wird mit dem Durchsetzen der Gendersprache versucht, die Zweigeschlechtlichkeit von Mann und Frau zu überwinden und durch ein fluides und veränderbares Geschlechterkonzept zu ersetzen. Er warnt auch vor dem Konformitätsdruck, der von Hochschulen aus auf die ganze Gesellschaft übertragen werden kann. Die Durchsetzung der Gendersprache sei kein natürlicher Teil des Sprachwandels, sondern autoritär verordnet. Weiterhin betont Rödder, dass viele bürgerliche Politiker die Gefahren dieses Kulturkampfes nicht erkennen. So erklärt er, dass von Seiten der CDU und FDP kein nennenswerter Widerstand zu sehen ist. Der Mensch werde nicht mehr als Individuum betrachtet, entscheidend sei die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe oder Ethnie, und das größere Ziel dieser Strategie sei die Ablehnung des Westens und des Nationalstaats. (idea.de)

Die Journalistin und Buchautorin Birgit Kelle fragt, ob es überhaupt zulässig sei, der Bevölkerung eine Sprachregelung überzustülpen, die eher verstörend und sprachlich bedenklich sei, wenn etwa in die Grammatik eingegriffen werde und Regeln außer Kraft gesetzt würden. Wenn zum Beispiel aus Fußgängern »zu Fuß gehende« werden, die eigentlich »an der Ampel Stehende« seien. Eine solche Sprachregelung schaffe Erwirrung. Wer aber hat die Kompetenz, die Sprache so zu regeln, daß zum Beispiel aus der Muttersprache die »Sprache der zu Gebärenden« werde. Die »Mutter« werde in der Gender-Sprache abgeschafft, weil ja auch ein Transmensch gebären könnte. »Ich empfinde es als diskriminierend, wenn ich mich nicht mehr Mutter nennen darf«. Die Ursache, weshalb Frauen gegenüber Männern in bestimmten Bereichen benachteiligt würden, sei nicht in der Sprache zu suchen. Das krampfartige Bemühen um ein neues Geschlechterkonzept treibt immer wieder skurrile Blüten, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. In der Folge seien drei geboten.

Schwuler Weihnachtsmann. In Norwegen geistert ein schwuler Weihnachtsmann durch die Medien. Als Vorwand dient dabei der 50. Jahrestag der Abschaffung des Verbots der gleichgeschlechtlichen Unzucht 1972. So ver-

öffentliche die norwegische Post ein Video, in dem ein schwuler Weihnachtsmann in einer entstehenden Liebesbeziehung zu einem Mann mittleren Alters namens Harry sichtbar ist. Der triebhafte rote Kapuzenträger fortgeschrittenen Alters erscheint dabei ganz traditionell durch den Kamin und hat neben den üblichen Geschenken auch noch sich selbst als Geschenk an alle einsamen Homo-Männer dabei. Harry erblickt den Weihnachtsmann, und es funkelt sofort bei beiden. Schließlich küssen sich die peinlichen Gestalten zum Abschluß des dreiminütigen Videos innig, wobei die Szenen mit einem singenden Kirchenchor mit Weihnachtschorälen hinterlegt sind. Kommt nächstes Jahr vielleicht der Pädosexuelle Weihnachtsmann? (Quelle: *Mitteleuropa*)

Kirche wirbt mit Perversem. Die evangelische Kirche, der wegen ihrer zeitgeistigen Linie seit Jahren die Mitglieder scharenweise davonlaufen, kommt bisweilen auf absurde Ideen, wenn es darum geht, den Mitgliederschwund zu stoppen. So kamen die evangelischen Pfarrgemeinden St. Anastasius und St. Innocentius in Bad Gandersheim in Niedersachsen auf den glorreichen Gedanken, mit sog. inklusiven Stellenanzeigen linke Zeitgenossen für sich zu begeistern. Auf ihrer Internetseite zeigten die Zeitgeist-Evangolen eine absurde Grimassen schneidende männliche Fee mit grauem Vollbart, Glatze, Bierbauch im Ballett-Tut mitsamt Engelsflügeln, Krone und Feenstab. Der Perversling trug dabei ein rosafarbenes Ballkostüm. Nachdem die Hanswurstiade auf *Twitter* durch die halbe Republik gegeistert war und es sogar einige Kirchenaustritte gegeben hatte, zogen die Verantwortlichen entnervt die Notbremse und löschten das befremdliche Bild von ihrer Internetseite. (Quelle: *unzensuriert.at*)

»Verbrechen Gendern«. Putin geißelte bei einem Forum in Sotschi das Gendern. So widerspreche eine wachsende Kampagne im Westen, die geschlechtsspezifische Sprache abzuschaffen, schlichtweg der Vernunft. Vor allem die Idee, daß Kinder über ihr Geschlecht selbst bestimmen dürfen, stelle ein »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« dar. So sei es ungeheuerlich, wenn Kindern vorgaukelt werde, daß ein Junge ganz einfach ein Mädchen werden könne und umgekehrt, wodurch ein Kind zu einer Entscheidung gezwungen werde, die sein Leben ruinieren könnte. Niemand versuche, sich mit Kinderpsychologen darüber zu beraten, ob ein Kind überhaupt in der Lage sei, solche Entscheidungen zu treffen. Wörtlich sagte Putin: »Jene, die es wagen zu sagen, daß es Männer und Frauen gibt und daß dies eine biologische Tatsache sei, werden praktisch geächtet.« Der Kremlchef geißelte auch den Begriffsterror der Genderpropandisten, die statt Mama und Papa »Elternteil 1« und »Elternteil 2« und statt Muttermilch »menschliche Milch« sagen. Dabei verwies Putin auf die 1920er Jahre, als sowjetische Kulturträger einen sog. Neusprech erfanden, um auf diese Weise ein neues Bewußtsein zu schaffen und die Werte der Menschen neu zu definieren. Seit 2013 gibt es in Rußland ein Gesetz, das »Propaganda für nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen unter Minderjährigen« untersagt. (Quelle: *R7*)





Anastasia Biefang, »das bunte Mäntelchen der Bundeswehr« (*Junge Freiheit*).



Die neue Familienministerin Anne Spiegel. Sie behauptet von sich: »Einmal Feministin, immer Feministin«. Als Kind wollte sie Pinguinforscherin werden.

Transgender-Kommandeur im Darkroom. Anastasia Biefang ist als erste Transgender-Kommandeurin der personifizierte Beweis für die Diversität der Bundeswehr. In ihrer Rolle als Vize-Vorsitzende von QueerBw, der Interessenvertretung der lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Angehörigen der Bundeswehr, gab die umoperierte Person schon Interviews für *SWR*, *WDR* oder *Deutschlandfunk Kultur*. Ihren Abschlußappell als Kommandeur des Informationsbataillons in Storkow feierte das Wesen 2020 in Anwesenheit verschiedener Medien mit einem zum bunten Einhorn umfunktionierten Zweittonner-LKW. Biefang gab indes auf dem YouTube-Kanal der sog. Dragqueen Jurassica Parka mit dem richtigen Namen Mario Olszinski ein beachtliches Interview. Dabei erzählte die 47jährige Person auch Pikantes: »Ich lasse mich gern vögeln in Darkrooms.« Biefang nannte noch weitere Einzelheiten aus ihrem exzessiven Partyleben. So treffe man sie oft auf der »Fuck Your Gender«-Partyreihe von der »The Nipple Liberation Army«. »Ich bin in einem Kollektiv. Wir machen unsere eigenen sexpositiven Partys. Ist geil, ne?« Im Studio ließ sich Biefang nach Aufforderung dann auch noch von der Moderatorin an den Brüsten befummeln. Anstatt Sanktionen gegen das als Stabsoffizier im Range eines Oberstleutnants herumlaufende Subjekt zu verhängen, hüllt sich die Bundeswehrführung feige in Schweigen und prolongiert damit die Narrenfreiheit des transsexuellen Wesens. Dabei hat jeder Soldat nach § 17 Soldatengesetz in und außer Dienst dafür zu sorgen, daß er »das Ansehen der Bundeswehr oder die Achtung und das Vertrauen« in die dienstliche Stellung »nicht ernsthaft beeinträchtigt«. Als Unteroffizier bzw. Offizier muß ferner der Soldat nach § 10 Abs. 6 auch in seinen Äußerungen »Zurückhaltung zu üben«, um »das Vertrauen als Vorgesetzter zu erhalten«. (Quelle: *unzensuriert.at*)

Anne Spiegel von den Grünen ist die frischgebackene Familienministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz in der Ampel-Koalition. Im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin und neuer Veredigungsministerin Christine Lamprecht wünscht sich die überzeugte Feministin eine »einheitliche gendergerechte Sprache in Gesetzestexten und anderen politischen Vorhaben«. Bislang hat allerdings ein Großteil der Deutschen keinen Wert auf gendergerechte Sprache gelegt. So ergab eine Umfrage von Infratest Dimap für die Welt am Sonntag (WamS) im Mai, daß 65 Prozent Formulierungen wie »Forschende« statt »Forscher« und die Nutzung des großen Binnen-I (»ZuschauerInnen«) in der Schriftsprache ebenso ablehnen wie eine Pause vor der zweiten Worthälfte (»Akademiker_innen«) in der gesprochenen Sprache. Außerdem wird sich Spiegel dafür einsetzen, daß Familien in »vielen Konstellationen« gelebt werden können. ■

Kurzmeldungen

Anne Frank-Kita in Thüringen soll umbenannt werden. Die Erzieherinnen der Kindertagesstätte »Anne Frank« in Elxleben (Landkreis Sömmerda in Thüringen) fordern eine Namensänderung. Demnach soll die Einrichtung künftig »Elchzwerge« heißen – in Anlehnung an den örtlichen Faschingsverein. Der Name Anne Frank und das Thema dahinter seien für Kinder in diesem Alter sehr schwer greifbar, begründete die Kita-Leiterin Ann-Kathrin Offhaus den Vorstoß. Dafür habe die Kita die Eltern mit ins Boot genommen, die Reaktionen seien mehrheitlich zustimmend gewesen. Die Jüdische Landesgemeinde reagierte fassungslos, ihr Vorsitzender wertete den Vorstoß als »zutiefst unanständig« und »erschreckendes Signal«. (Quelle: u.a. *Thüringer Allgemeine*, 30.11.21)

Will die Europäische Union Begriffe und christliche Ausdrücke verbieten? In den Büros der Europäischen Union wird an einem Papier gearbeitet, das schon vor der Verwendung für Empörung sorgt. Ein Sprach-Leitfaden für eine »integrative Kommunikation« mit dem Titel »Union of Equality« regelt nicht nur den Umgang mit Geschlechtern, sondern rät in der EU-Kommission auch davon ab, christliche Ausdrücke und Namen wie »Weihnacht«, »Maria und Josef« zu verwenden. Das Problem: In den EU-Ländern sind zwei Drittel der Einwohner Christen. Vor allem in Italien sind die Reaktionen heftig, sogar der Vatikan habe sich in die Debatte eingeschaltet. Das Dokument regelt außerdem den Umgang mit einer genderneutralen Sprache. Verboten werden sollen geschlechtsspezifische Ausdrücke wie »Arbeiter oder Polizisten«, das gilt auch für »Frau oder Fräulein«, es sei denn die Empfängerin wünscht dies ausdrücklich. Bei Diskussionen werde es untersagt sein, nur Männer oder Frauen einzuladen. (Quelle: u.a. *blick.ch*, 29.11.21)

Europarat wirbt für Verschleierung. Ist das Kopftuch wirklich »Freiheit und Freude«? Das behauptete jedenfalls die Antidiskriminierungskampagne des Europarats. Auf ihrem Twitter-Konto veröffentlichte sie ein Video, in dem drei Frauen einmal mit und einmal ohne Hijab dargestellt werden. Dazu schrieb die Social-Media-Abteilung unter dem Hashtag #HijabIstFreude: »Schönheit liegt in der Diversität, wie Freiheit im Hijab liegt.« »Solche Äußerungen des Europarats sind ein Schlag ins Gesicht von Frauen, die seit Jahrzehnten gegen Zwangsverschleierung kämpfen«, sagt die Frauenrechtlerin und Vorsitzende des Zentralrats der Ex-Muslime Mina Ahadi; diese war eine von vielen Frauen, die nach der iranischen islamischen Revolution im Jahr 1979 gegen die Kopftuchpflicht im Iran demonstrierten. (Quelle: *Bild.de*, 3.11.21)

Auswärtiges Amt: Alle Männer sollen Gewalttäter sein. Das Gleichstellungsbüro des Auswärtigen Amtes will mit einer feministischen Kampagne für mehr Gleichberechtigung unter den eigenen Mitarbeitern sorgen und jeden Monat über sexistische Mißstände in der Gesellschaft aufklären. Für November 2021 sollte über das wichtige Thema »Gewalt gegen Frauen« informiert werden. Das Problem: In einem kürzlich veröffentlichten Gender-Beitrag werden alle Männer als potenzielle Ge-

walttäter dargestellt – und Männlichkeit per se als »krisenhafter Zustand« verteu-
felt. (Quelle: *bild.de*, 12.11.21)

Helge Braun offen für Muezzinrufe in ganz Deutschland. Der bisherige Kanzler-
amtsminister Helge Braun hat sich im Zuge seiner Bewerbung für den CDU-Partei-
vorsitz hat sich offen gezeigt für mehr Muezzinrufe in deutschen Städten und Ge-
meinden. Braun meinte, der Muezzinruf gehöre zur freien Religionsausübung.
Kritiker sehen darin die unzulässige Bevorzugung einer Minderheit, zudem seien
im Muezzinruf oft problematische Botschaften enthalten. In einer repräsentativen
Umfrage sprachen sich drei Viertel der Deutschen gegen einen täglichen Muezzin-
ruf in Städten und Dörfern aus. (Quellen: *Deutschlandfunk* u. *Junge Freiheit*, 15.11.21)

Üppige Ausstattung für Merkels neues Büro. Daß ehemalige Bundeskanzler ein
Büro und Mitarbeiter vom Staat finanziert bekommen, ist üblich. Alt-Bundeskanz-
lerin Angela Merkel gilt als Inbegriff protestantischer Nüchternheit. Luxus-Reisen,
teure Mode, Autos oder Angewohnheiten – all das schien der Spitzenpolitikerin nie
wichtig. Für ihr künftiges Büro als Alt-Kanzlerin tritt Merkel nun wenig bescheiden
auf. Sie soll ein Büro mit neun Mitarbeitern erhalten – fast doppelt so viele, wie vom
Haushaltsauschuß gefordert. Die Linke wittert schon ein »Schattenkanzleramt«:
Zwei Stellen davon sind Leitungspositionen mit einer Vergütung bis zu 10.000 Euro
im Monat. Dazu kommen fünf Stellen für Sachbearbeiter sowie zwei Stellen für
Fahrer. (Quellen: u.a. *Tagesspiegel* u. *FAZ*, 16.11.21)

116 Milliarden: Pensionskosten der EU-Beamten explodieren. Die Altersversor-
gung der EU-Beamten und -Politiker wird für die europäischen Steuerzahler immer
teurer! Laut EU-Berechnungen beliefen sich die langfristigen Kosten der Pensionen
Ende 2020 auf gigantische 116 Milliarden Euro. Das waren 18,4 Milliarden Euro
mehr als im Jahr zuvor (97,7 Milliarden Euro) – ein Anstieg um 18,8 Prozent! Hier
sind nicht nur Pensionen eingerechnet, die bereits ausgezahlt werden, sondern auch
Rückstellungen für zukünftige Beamten-Pensionen, die nach versicherungsmathe-
matischen Verfahren gebildet werden müssen. Weitere 2,3 Milliarden Euro werden
für EU-Kommissare, Richter und Abgeordnete des EU-Parlaments fällig. Die Ge-
sundheitsversorgung wird mit 12,9 Milliarden Euro veranschlagt. Diese giganti-
sche Summe ist allerdings noch nichts gegen die Höhe der Versorgungsausgaben,
die dem Bund in Deutschland entstehen. (Quelle: *Versicherungsbote*, 3.11.21)

Privatjet für 47 Kilometer: Kritik an EU-Chefin von der Leyen. Der »Green Deal«
der EU ist das Steckenpferd der EU-Kommissionschefin. Wenn diese über den Kli-
maschutz spricht, fallen Wörter wie »Vorreiterrolle« und »das Jahr der Schiene«.
Zum Auftakt des Klima-Gipfels in Glasgow im November sprach sie von der Ver-
antwortung, die alle betrifft. Nun kam es heraus, daß sie selbst auch Ultrakurzstre-
cken lieber mit dem Privatjet fliegt. Im Juni 2021 hat von Leyen eine Strecke von 47
Kilometern von Wien bis Bratislava im Privatjet zurückgelegt. Die Flugdauer für
ihren Weg betrug gerade einmal 19 Minuten, der Flug habe laut *Bild-Zeitung* über
1000 kg CO₂ verursacht. (Quelle: u.a. *Tagesspiegel*, 4.11.21)

Fast alle Flutplünderer waren Ausländer. Nach der Flutkatastrophe, bei der im Sommer in Deutschland insgesamt 184 Menschen starben, war es wiederholt zu Plünderungen gekommen. Dabei machten Ausländer den Großteil der Verdächtigen aus. Von 145 mutmaßlichen Plünderern, die allein in Nordrhein-Westfalen ermittelt wurden, hatten 118 keine deutsche Staatsangehörigkeit. Das Amtsgericht Euskirchen hat einen Marokkaner zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt, weil er nach der Flutkatastrophe Geschäfte geplündert hatte. Der mehrfach Vorbestrafte 37jährige war, mit einer Axt bewaffnet, in mehreren Läden in der von der Flut verwüsteten Euskirchener Innenstadt auf Diebestour gegangen und von Bereitschaftspolizisten auf frischer Tat ertappt. (Quelle: *Junge Freiheit*, 30.11.21)

Mehrheit der Ungeimpften wählte AfD oder »Die Basis«. Rund 18 Millionen Erwachsene in Deutschland sind nicht gegen das Coronavirus geimpft. Unter den Wählern dieser Gruppe gibt es laut einer Forsa-Umfrage eindeutige Präferenzen. SPD, Union und Grüne sind bei Ungeimpften sehr unbeliebt. 50 Prozent der ungeimpften Wähler machten bei der Bundestagswahl ihr Kreuz bei der AfD. (Quelle: *welt.de*, 13.11.21)

Fast 20.000 Messerangriffe in einem Jahr mit fast 100 Todesopfern. Aus einer Recherche der Tageszeitung *Die Welt* geht hervor, daß es jeden Tag im Jahr 2020 durchschnittlich zu mehr als 50 Messerangriffen in Deutschland gekommen ist und daß in dieser Statistik Migranten überproportional vertreten sind. Wohlgermerkt: Dabei handelt es sich nur um die Delikte mit einem Messer als *Tatmittel*, die von den Polizeibehörden erfaßt wurden. Der Gewaltforscher Dirk Baier meint: »Das Tragen von Messern unter Jugendlichen hat in den letzten Jahren massiv zugenommen und ist zu einer Jugendkultur geworden. Messer gelten als Ausdruck von Männlichkeit.« Doch Messerattacken sind nicht auf Äußerungen jugendlichen Machtgehabes beschränkt, wie folgendes tragisches Ereignis Ende November dokumentiert: In Schleswig-Holstein hielt ein 33-jähriger Syrer auf der A7 auf dem Standstreifen an und stach seiner 31 Jahre alten Ehefrau mehrfach mit einem Messer in Hals, Nacken und Rücken. Anschließend wurde die Frau von einem Lkw überrollt und starb. Merkwürdig: Nach der Anordnung des Amtsgerichts Flensburg lieferte die Polizei den Täter in ein psychiatrisches Krankenhaus. (Quelle: *welt.de* u. *Der Nordschleswiger*, 22.11.21)

Scurrile Auszeichnung. Mohammed Jouni ist moslemischer Sozialarbeiter im Beratungs- und Betreuungszentrum (BBZ) in Moabit. Vor Jahren gründete er die Anti-Abschiebungsorganisation »Jugendliche ohne Grenzen« (JoG) und erhielt am 8. November 2021 als Anerkennung für sein Engagement das Bundesverdienstkreuz von der linken Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach überreicht. In seiner Antwort auf die Laudatio meinte Jouni, er habe begriffen, daß das Ziel »eben nicht Integration heißt«. Er müsse sich nicht »in eine rassistisch strukturierte Gesellschaft einfügen, sie akzeptieren und reproduzieren«. »Uns ging und geht es nicht darum, »integrierte«, gut ausgebildete, brauchbare Jugendliche zu



Einer der zahlreichen Atommeiler Frankreichs, hier im Rhone-Tal.

werden, sondern darum, daß alle Menschen, die hier leben, ein Bleiberecht bekommen – egal, ob sie für diese kapitalistische Gesellschaft brauchbar oder ob sie alt oder krank sind oder kein

Deutsch können, weil sie jahrelang in Lagern gelebt haben.« Ein Unding: Eine Senatorin für Integration ehrt einen Aktivist, der gegen die Integration kämpft! (Quelle: u.a. *taz.de*, 8.11.21)

Neues Aufleben der Atomkraft? In Europa sind zur Zeit 73 Kernkraftwerke in 17 Ländern mit 183 Reaktorblöcken am Netz und 14 Reaktorblöcke in acht Ländern in Bau. Die Europäische Union plant, die Atomenergie als nachhaltig anzuerkennen, und zwar vor allem auf Druck von Frankreich, wo fast 60 Reaktoren stehen und die Kernenergie nie wirklich in Frage stand. Im nordfranzösischen Flamanville wird schon ein hochmoderner Druckwasserreaktor gebaut und in Penly – ebenfalls im Norden – der nächste geplant. Altbundeskanzlerin Merkel gibt sich keinen Illusionen hin; schon bald könnte die Kernkraft-Technologie auf EU-Ebene rehabilitiert werden. Interessanter Hintergrund: Die Einstufung soll dann als Richtschnur für Finanzierungen durch Banken, Fonds und Investoren gelten, was sie als klimafreundliche Geldanlage vermarkten dürfen. Für Deutschland ein politischer Albtraum – vor allem für die Grünen. Die Ampel muß zuschauen. (Quelle: u.a. *Der Spiegel*, 3.12.21)

Weitere Zahlungen nach Israel. Fast 5,7 Millionen Euro zusätzlich erhalten Holocaustüberlebende in Israel vom bundesdeutschen Staat. Das Berliner Finanzministerium macht das Geld dafür locker. Damit bekommen 3.700 von ihnen 100 Euro mehr im Monat. Außerdem gibt es weitere 500.000 Euro jährlich für Menschen aus diesem Personenkreis, die unter Demenzkrankheiten und anderen kognitiven, degenerativen Erscheinungen leiden. Auch der israelische Staat unterstützt sozial schwache Holocaustüberlebende, und zwar mit umgerechnet 85 Millionen Euro sowie 427 Millionen Euro zur Einkommensunterstützung auf Antrag. (Quelle: *tachles*)

Tod nach Migrantenerüberfall? In Riesa starb laut *Sächsischer Zeitung* eine 51jährige Kassierer, nachdem sie Polizeiangaben zufolge von zwei 15- und 17jährigen Landdieben schwer verletzt worden war. Die Gerüchte, wonach es sich bei den Tatverdächtigen um Migranten handelt, wollte die Polizei nicht aufklären. Denn man nenne »grundsätzlich die Nationalität von Tatverdächtigen«. Doch auf Grund der möglicherweise leichten Identifizierbarkeit der Tatverdächtigen weiche man von

diesem Grundsatz in der konkreten »Einzelfallbetrachtung« jedoch ab. Dazu erklärt der sicherheitspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion und Mitglied im Kriminalpräventionsrat der Stadt Riesa, Carsten Hütter: »Sollte es sich im vorliegenden Fall um deutsche Tatverdächtige handeln, könnte die Polizei mit einer öffentlichen Klarstellung alle falschen Gerüchte aus der Welt schaffen. Sollte es sich um ausländische Tatverdächtige handeln, muß die Frage erlaubt sein, ob das aus politischen Motiven verschwiegen wurde.« (Quelle: AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag)

Fatale Werbekampagne. Der Ende der 1990er Jahre entwickelte selbstironische Werbespruch »Wir können alles. Außer Hochdeutsch« wurde als beliebtester Slogan aller Bundesländer gekürt. Nun hat sich das Land Baden-Württemberg mit einer neuen Dachmarkenkampagne neu erfunden und präsentiert sich national wie international zukünftig als »THE LÄND«, um vor allem ausländische Fachkräfte anzulocken. Die politische Opposition und die meisten Medien sind alles andere als begeistert. Die *Neue Zürcher Zeitung* beispielsweise befindet die international ausgerichtete Werbeoffensive, die die Schwaben, Kurpfälzer und Badener 21 Millionen Euro (!) gekostet hat, als »teuer, unverständlich, anmaßend«. Die Stadt Neckargemünd strengte ein Bußgeldverfahren gegen das Stuttgarter Staatsministerium an. Das gelb grundierte, schwarz beschriftete Plakat mit der Aufschrift »Willkommen in the Länd« ist direkt unterhalb eines Ortsschildes von Neckargemünd aufgehängt worden. Es könnte mit diesem verwechselt werden, argumentiert die Kommune. (Quelle: *nzz.ch*, 4.11.21)

Milde gegenüber Migranten.

Lediglich als Totschlag und nicht als Mord wertete Thomas Kelm als Vorsitzender Richter der Schwurgerichtskammer am Dortmunder Landgericht die 76 Stiche des Alim K. (24) auf seine Freundin Juvy-Ann (22) und das gemeinsame ungeborene Kind, die zum Tod der beiden Menschen führten. Der Killer erhielt zehn Jahre Haft verurteilt und könnte damit schon nach zwei Dritteln der Strafe einen Antrag auf Bewährung stellen. So verwunderte es nicht, daß die Eltern des Opfers über den milden Richterspruch fassungslos waren. Die Mutter brach weinend im Gerichtssaal zusammen. Der Richter lieferte eine abenteuerliche Begründung: Alim K. habe im Affekt gehandelt, sich nicht unter Kontrolle gehabt: »Das Opfer beschimpfte ihn vor der Tat, das ist eine Erschütterung des Persönlichkeitsgefüges. Erst da drehte er durch, zog das mitgebrachte Messer.« Ferner »gab



Überall im »Ländle« war der ärgerliche Werbespruch zu sehen.

sie ihm Kontra, ließ sich in der Beziehung nicht alles gefallen«. Als weiteren Milderungsgrund phantasierte Kelm: »Es war auch eine Tat gegen sich selbst. Denn er wollte ja das Kind.« (Quelle: *Mitteleuropa*)



Jüdischer Le-Pen-Abklatsch. In Frankreich tritt zu den Präsidentschaftswahlen 2022 mit Eric Zemmour (63), dem Sohn algerischer Juden, ein wegen Volksverhetzung verurteilter Publizist als Präsidentschaftskandidat an. Die Regierung betrachtet ihn als Trump-Abklatsch. Zu den Klängen der 7. Symphonie Beethovens inszenierten Zemmours Wahlkampfstrategen einen kitschigen Auftritt. In einer Bibliothek sitzt der Möchte-gern-Präsident an einem Tisch vor einem Mikrofon und schildert mit mahnenden Worten, vom Blatt ablesend, den Niedergang Frankreichs: »Liebe Landsleute, seit Jahren umklammert, erdrückt, verfolgt Euch ein seltsames und stechendes Gefühl, ein Gefühl der Enteignung.« Die Szenerie erinnert an das Bild von General De Gaulle vor dem Mikrofon, als er 1940 von London aus die Franzosen zum Widerstand gegen die Deutschen aufrief. Zemmour prangert die Überfremdung seines Landes an: »Sie sind nicht umgezogen, und doch haben Sie das Gefühl, nicht mehr zu Hause zu sein. Sie haben Ihr Land nicht verlassen, aber es ist, als hätte Ihr Land Sie verlassen. Sie fühlen sich fremd in Ihrem eigenen Land. Sie sind im inneren Exil. Die Rechte und die Linke haben Ihnen verschleiert, wie tief wir schon abgestiegen sind, haben Ihnen verheimlicht, daß wir bereits als Volk ersetzt werden.« Zemmours Worte erinnern an Trumps Ankündigung 2016 »To make America great again«. Der langjährige Journalist der konservativen Tageszeitung *Le Figaro* sagte, er wolle den Minderheiten die Macht nehmen, die die Mehrheit der Gesellschaft gängelten. Zemmour, der nur einen Internetwahlkampf machen will, schielt dabei auf enttäuschte Wähler der Konservativen und von Marine Le Pen. (Quelle: *ARD*)



Hausverbot für Professor. Univ.-Prof. Martin Wagener, der als Politikwissenschaftler am ›Zentrum für Nachrichtendienstliche Aus- und Fortbildung‹ (ZNAF), einer gemeinsamen Ausbildungseinrichtung von BND und Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Berlin, tätig ist und Nachwuchskräfte für Nachrichtendienste ausbildet, bekam nach Anregung durch das BfV vom Bundesnachrichtendienst (BND) Hausverbot. Außerdem kann er nicht einmal mehr über eine digitale Lernplattform mit seinen Studenten in Kontakt treten. Begründet wurde dies mit »sicherheitsrelevanten Erkenntnissen«, etwa Aussagen in seinem Buch *Kulturkampf um das Volk – Der Verfassungsschutz und die nationale Identität der Deutschen*. Den Schnüfflern des Inlandsgeheimdienstes paßte nicht nur die Verwendung des Wortes ›Ethnopluralismus‹ (›Kampfbegriff der ›Neuen Rechten‹) nicht, sondern auch nicht Fragen, die Wagener aufwarf, etwa ob es das deutsche Volk noch gebe, sowie dessen These, daß die Bevölkerungspolitik der BRD-Regierung darauf hinziele, »eine multikulturelle Gesellschaft zu errichten«. Dies sei laut VS »extremistisch«, ebenso dessen Verständnis vom »Staatsvolk«. Man sehe Parallelen zu den Argumenten der Identitären Bewegung, meinten die Büttel der re-

gierenden Umvolker. Damit gilt in der BRD die Sorge um den Erhalt des deutschen Volkes bereits als »Bestrebung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung«. Im NPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 2017 waren erstmals von den Höchststrichtern derartige Feststellungen getroffen worden. (Quelle: *tagesschau.de*)

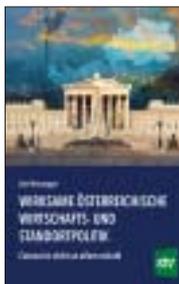
Rechtes Vernetzungstreffen. In Warschau trafen sich im Dezember Vertreter von 15 Rechtsparteien aus verschiedenen Staaten Europas zu Unterredungen über einen denkbaren Schulterschuß im EU-Parlament. Wenn dies gelänge, wäre die Fraktion die zweitstärkste Kraft hinter den Christdemokraten im Plenum in Straßburg, erklärte die französische Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen. Der polnische Regierungschef Mateusz Morawiecki sprach von einem »Wendepunkt in der Geschichte Europas, der Europäischen Union und der souveränen EU-Mitgliedstaaten«. Es gelte, »der Usurpation, die die Macht in den Händen der europäischen Eliten konzentriert, einen Riegel vorzuschieben«, sagte Morawiecki. Ferner waren unter anderem der Chef der italienischen Lega-Partei, Matteo Salvini, Ungarns Ministerpräsident und Chef der Fidesz-Partei, Viktor Orbán, der Vorsitzende der polnischen Regierungspartei PiS, Vizepremier Jaroslaw Kaczynski, und der Vorsitzende der spanischen Partei Vox, Santiago Abascal, anwesend. All diese Vertreter hatten bereits im Juli 2020 eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, wonach sie eine Fraktion im EU-Parlament gründen wollten. Zu den genannten Unterzeichnern zählte damals auch FPÖ-Chef Herbert Kickl. Wegen gesundheitlicher Probleme wurde dieser in Warschau durch die Bundesparteiobmann-Stellvertreterin Marlene Svazek bei den Beratungen vertreten, die erklärte: »Es ist das gemeinsame Ziel, die kulturelle und politische Vielfalt souveräner Nationalstaaten in Europa zu erhalten, vor allem aber auch gegen eine weitere Zentralisierung vorzugehen sowie die Themen Migration, Grenzschutz und Rückverlagerung von Kompetenzen auf die nationale Ebene mutig und konsequent anzugehen.« (Quelle: *Zur Zeit*)

Schauprozeß gegen 101jährigen. Im »freiesten Staat auf deutschem Boden« ist es möglich, daß sogar 101jährige wegen tatsächlich oder angeblich begangener Verbrechen, die fast 80 Jahre zurückliegen, vor Gericht gezerrt werden. In Brandenburg an der Havel steht ein Greis vor Gericht, dem die Staatsanwaltschaft vorwirft, von 1942 bis 1945 als SS-Wachmann im KZ Sachsenhausen tätig und damit – nach mittlerweile gefestigter absurder BRD-Rechtsprechung – mitverantwortlich, und zwar in der Form der Beihilfe zum Mord (Totschlag wäre nämlich verjährt), für den Tod Tausender Häftlinge gewesen zu sein. Die Anklagebehörde arbeitet dabei mit Unterlagen, wonach es einen solchen Wachmann mit eben diesem Namen dort gegeben habe, wobei auch Geburtsort und Geburtsdatum identisch mit dem des Angeklagten seien. Dieser bestreitet, in besagtem Lager Aufseher gewesen zu sein, vielmehr sei er zu der behaupteten Zeit Landarbeiter nahe Pasewalk gewesen. Das Gericht zog sogar den Historiker Stefan Hörtler, seines Zeichens Direktor der Gedenkstätte Mittelbau-Dora, als Sachverständigen bei, der einige Belege zur Tätigkeit des Angeklagten in verschiedenen SS-Wachkompanien lieferte. (Quelle: *ORF*)

I Wiens wirtschaftspolitisches Versagen

Vor wenigen Monaten veröffentlichte der Grazer Unternehmer, FPÖ-Politiker und Hochschullehrer Axel Kassegger im Stocker Verlag eine flammende Anklage gegen die schwarz-grüne Wirtschaftspolitik in Österreich. Auf 264 Seiten legt der Burschenschafter und außenpolitische Sprecher seiner Partei im Nationalrat akribisch dar, wo Kurz & Co. in den vergangenen Monaten versagt haben. Dabei läßt er die billige Ausrede »Corona ist an allem schuld« nicht gelten. Denn die sog. Pandemie soll die Begründung für strauchelnde Volkswirtschaften und staatliche Hilflosigkeit sein. Doch die Ereignisse der letzten zwei Jahre mit ständig abwechselnden Lockerungen und neuen Lockdowns zeigten nur folgendes: Bei dieser allzu einfachen Erklärung handelt es sich um einen Trugschluß. Wiens Corona-Maßnahmen samt Auswirkungen offenbarten ja nur, was es an strukturellen Schwächen und wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen schon lange latent gab und durch die planlose, nachhaltig schädliche Krisenpolitik nun ruchbar wurde.

Kassegger plädiert für einen starken, aber schlanken Staat, in dem Eigeninitiative statt Regulierungswahn vorherrscht, der keine Umverteilung vornimmt und wichtige Standortinfrastruktur nicht in neoliberalen Wahn privatisiert. Der Autor entwickelte dabei »16 Handlungsfelder zur nachhaltigen Gesundung« der heimischen Wirtschaft: Leistungsgerechtigkeit, starker, verlässlicher, schlanker und sparsamer Staat, Entlastung des Faktors Arbeit, Bildung, Wissenschaft, Innovation und Forschung stärken, Rechtssicherheit schaffen – Gesetze wieder lesbar machen, Föderalismus richtig gemacht – nahe am Bürger, Förderungswesen minimieren und optimieren, Neukodifizierung der Gewerbeordnung, Radikalreform des



Axel Kassegger,
Wirksame österreichische Wirtschafts- und Standortpolitik – Corona ist nicht an allem schuld, 264 S., € 29,90. ARES Verlag, Graz 2021

Kammerwesens, klares Bekenntnis zum Industriestandort Österreich und Europa, unverzügliche Unternehmensentlastung mit Setzen von Wachstumsimpulsen, Beginn wirksamer Arbeitsmarktpolitik, Energie- und Klimapolitik im Interesse der Umwelt und des Standorts, Migrations- und Asylpolitik im Interesse der Österreicher, Rückkehr zum finanzierbaren Sozialstaat, Korrektur der Fehlentwicklung EU.

Der FPÖ-Politiker als Vertreter der »sozialen Heimatpartei« analysiert damit intensiv die zahlreichen Problemfelder der österreichischen Wirtschafts- und Standortpolitik, schlägt effektive Lösungen vor und weist damit eindrucksvoll, daß Freiheitliche entgegen der landläufigen Meinung in der Journaille sehr wohl über Wirtschaftskompetenz verfügen. Seine Ausführungen stehen ganz im Gegensatz zu den neoliberalen Plänen und Taten der von Jörg Haider 2000 mitunterstützten schwarz-blauen Bundesregierung im allgemeinen und deren (zuerst) blauem (und später ÖVP-nahen) Finanzminister Karl-Heinz Grasser im besonderen, der durch hemmungslose Privatisierungen das Tafelsilber der Alpenrepublik verscherbelte, nur um ein Nulldefizit im Budget zu erreichen. In Zeiten von wachsendem EU-Versagen und Globalisierung sowie Sozialstaats- und Bankenreformen ist ein völlig neues Denken für Österreich und ganz Europa vonnöten! ■

Die Gesellschaft ist kein Markt!

Die liberale Gesellschaft ist eine Gesellschaftsform, in der unter anderem die Vorrangstellung des Individuums, die Ideologie des Fortschritts, die Ideologie der Menschenrechte, die Zwangsvorstellung vom grenzenlosen Wachstum, die unverhältnismäßige Bedeutung des Marktwerts, die Unterordnung der symbolischen Vorstellungswelt unter die Axiomatik des Eigeninteresses vorherrschend sind. Der Liberalismus hat außerdem eine weltweite Tragweite erlangt, er brachte die Globalisierung hervor, die nichts anderes ist als die Umwandlung des Planeten in einen riesigen Markt. Er inspiriert außerdem das sogenannte liberal-libertäre ›Einheitsdenken‹. Und wie bei jeder herrschenden Ideologie ist er natürlich auch die Ideologie der herrschenden Klasse. Der Liberalismus ist eine philosophische, ökonomische und politische Doktrin, und als solche muß er natürlich untersucht und beurteilt werden. Der alte Rechts-Links-Gegensatz gibt in dieser Hinsicht wenig Aufschluß, da die ›moralische‹ Linke, den Sozialismus vergessend, sich der Marktgesellschaft angeschlossen hat, während einer gewissen konservativen Rechten nicht immer gelingt zu begreifen, daß der liberale Kapitalismus systematisch alles zerstört, was sie bewahren will. Alain de Benoists Buch ist eine politisch-philosophische Schrift, die bis zum Wesentlichen, bis ins tiefste Innere der liberalen Ideologie, vorzudringen versucht, und zwar aufgrund einer kritischen Analyse ihrer Fundamente, d. h. einer auf den Individualismus und den Ökonomismus gestützten Anthropologie – der Anthropologie des *Homo oeconomicus*. ■



Alain de Benoist, *Gegen den Liberalismus*, 413 S., € 30.- Jung-europa, Dresden 2021

Wargus – ein historischer Roman

In seinem Erstlingswerk *Im Schatten des Gracchus* thematisierte S. Coell den »messianischen Sozialismus« am Beispiel der Verschwörung für die Gleichheit des Jakobiners Babeuf. Das zweite Werk des Autors historischer Romane führte unter dem Titel *Die Karlsbadverschwörung* in die Zeit der Urburschenschaft und der Aktivitäten der geheimnisvollen »Unbedingten«. Und sein drittes Romanwerk *Hartmut gegen Ahri-mann* war verwoben in die Gedankenwelt des Anarchisten Pierre-Joseph Proudhon und jene des katholischen Staatsphilosophen Juan Donoso Cortés zu einem packenden Thriller. Coells vierter Roman nun behandelt folgendes Thema: Besteht der Südpol aus einer oder aus zwei Landmassen? Befindet sich zwischen der Weddell-See und der Ross-See Land oder Meer? Das herauszufinden, war die Aufgabe der Zweiten Deutschen Antarktischen Expedition unter der Leitung von Wilhelm Filchner. Im Mai 1911 sticht das Forschungsschiff Deutschland mit 34 Mann an Bord in See. Kapitän ist Richard Vahsel. Filchner und Vahsel hassen einander von Anfang an, so daß kolossale soziale Verwerfungen das Leben der Besatzung prägen. In vergifteter Atmosphäre und ohne eigentlichen Leiter überschreiten die Männer am 11. Januar 1912 den Polarkreis. Nicht ahnend, daß eine Katastrophe und ein Ereignis, das sich bis heute niemand so recht erklären kann, sie erwartet. ■



S. Coell, *Wargus. Historischer Roman*, 240 S., € 19.90. Edition ZUR ZEIT. Band 37. Wien 2021

Hinweise und Mitteilungen

Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310

e-mail: gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de

www.gfp-netz.de/ www.facebook.com/www.gfp-blog.de/

Das Gedicht stammt von einem GfP-Redner. *Wer angibt, hat bekanntlich mehr vom Leben,
Wenn hinter der Fassade auch wirklich gar nichts ist.
Das Ännchen Baerbock hat nach Hohem ein enormes Streben,
Wiewohl man so etwas wie Geist bei ihr komplett vermißt.
Wann hätte je zuvor die Dreistigkeit mit Dummheit sich so sehr gepaart?
Ein machtbewußter Robert Habeck gegen sie ja richtig ist gelahrt.
Doch alles das die nützlichen Idioten überhaupt nicht stört,
Die über Kritiker an ihrem heil'gen Ännchen vielmehr sind empört.
So ist denn heut' der Spruch des Marc Anton so wahr wie nie:
»Verstand, Du flohst zum blöden Vieh!«*

Unterstützen Sie die GfP durch den Kauf von Kongreßbroschüren! Mit jeder Buchbestellung fördern Sie die Arbeit der GfP!

Deutsche Identität. 500 Jahre nach Luther.

Die neue Völkerwanderung. Westliche Kriegspolitik und ihre Folgen

Europas Reconquista. Von der Überfremdung zur Selbstbehauptung

Jeder Band ca. 192 S., zahlr. Abb. statt 12.80 nur € 5.-

Wir brauchen neue Leser und Mitglieder! Zu diesem Zweck kann jeder Leser zusätzliche Exemplare des *Freien Forums* kostenlos beim Sekretariat anfordern und sie in »gute Hände« geben.

Liebe Mitglieder und Freunde
der Gesellschaft für Freie Publizistik

GfP- Vorstand und Redaktion des »Freien Forums«
wünschen Ihnen

Frohe Weihnachten und ein gutes Neues Jahr

Und danken für Ihre Treue!

**Konto für Beiträge
und Spenden:**

Beilagenhinweis:

GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK

IBAN: DE 08 6129 0120 0393 6120 07

Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung

**DAS
FREIE
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik
e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin
Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten
das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automa-
tisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal